

Fraktion DIE LINKE / GAL

Rede zum Entwurf des Haushalts 2016

Die Haushaltssicherung bis 2022 ist im Soll. Das Sparen tut zwar weh, aber der Stellenplan ist leicht aufgestockt (an Stellen, wo es der Verwaltungsführung sinnvoll erscheint) und es sind sogar einige Investitionen vorgesehen.

Ist eigentlich alles gut? – Oder wenigstens nicht so schlimm?

Schön wäre es.

Beispiel: Kommunales Finanzierungsgesetz – Fehlanzeige?

Denn: An der strukturellen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden hat sich nichts geändert.

Forderungen nach

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf sein einstiges Niveau,
- Schließen der Steuerschlupflöcher für Unternehmen (das gelingt noch nicht einmal in der EU!)
- Millionärssteuer
- Finanztransaktionsteuer
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer, diese hatte sogar unser Stadtrat mehrheitlich unterstützt

wurden nicht umgesetzt.

Und die „Schwarze Null“ muss stehen. Zwar erfüllt Kamen die Vorgaben der Haushaltssicherung, aber wir wirtschaften in Zeiten der Hochkonjunktur. Nur die und die extrem niedrigen Zinsen sorgen dafür, dass viele Kommunen über die Runden kommen.

Was passiert, wenn – wie das im Kapitalismus immer ist – die nächste Rezession ansteht. Es ist völlig unklar, ob die Steuereinnahmen – vor allem im Bereich der Gewerbesteuer – weiter so steigen, wie im Plan der Haushaltssicherung prognostiziert.

An eine Wirtschaftskrise will ich gar nicht denken. Dann flöge uns der Haushalt um die Ohren...

Und speziell für Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit – also auch für Kamen im strukturschwachen Kreis Unna – hat die Schaffung eines gigantischen Niedriglohnssektors durch die Hartz-Gesetze dazu geführt,

- dass immer weniger Geld in die Sozialkassen fließt,
- dass die Kosten für Wohngeld und andere Transferleistungen explodiert sind und
- dass Städte und Kreise rund um das Ruhrgebiet in die Schuldenfalle geraten.

Natürlich war die Einführung des Mindestlohns ein Schritt in die richtige Richtung. Doch die Zahl der Aufstocker wird sich, so die Prognosen der heimischen Arge nur wenig verringern, denn mit Teilzeitjobs kann man kaum über ALG II-Satz verdienen.

Jetzt verlangen einige wirtschaftsliberale Politiker schon wieder das Aussetzen des Mindestlohnes für Flüchtlinge. Was sich daraus alleine für die Sozialkassen an Mehrausgaben und für die Stadt Kamen für die Kreisumlage ergeben würde, kann man sich vorstellen.

Beispiel: Flüchtlinge

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden Einnahmen in Höhe von knapp 900.000 Euro erwartet. Diesen Zuweisungen vom Land (das diese wiederum vom Bund bekommt) stehen geplante Aushaben in Höhe von über 1,7 Millionen Euro gegenüber. Berücksichtigt man zusätzlich die sog. „internen Leistungsbeziehungen“ so steigt das Defizit auf über 1 Millionen Euro.

Nötig wären hingegen weitere Ausgaben.

In anderen Städten werden Wohneinrichtungen für mehr als 100 Menschen von einem/r oder mehreren SozialarbeiterInnen geleitet. – In Kamen gibt es für zwei solche Einrichtungen – und viele kleine jetzt 2 statt einem Hausmeister.

Trotzdem ist die Stimmung in unserer Stadt gegenüber den Flüchtlingen positiv. Doch ich frage mich, ob man hier im Haus weiß, wem das zu verdanken ist. Es sind die vielen Ehrenamtlichen, die

- Sprachkurse oder Nachhilfe geben
- Sprechstunden im Mausegatt und neu im Christoperushaus abhalten,
- Ansprechpartner bei Problemen sind,
- beim Möbeltransport helfen,
- Flüchtlinge bei Behördengängen unterstützen
- für Übersetzungen sorgen (Stichwort Amtsdeutsch),
- Tagesausflüge organisieren,
- Kontakt zu Sportvereinen herstellen,
- in den Vereinen selbst mit Aktionen helfen,
- oder nur Glühlampen besorgen, wenn in der abends zugewiesenen Wohnung nur Fassungen ohne Lampen oder Leuchten existieren.

Diese Ehrenamtlich sorgen dafür, dass den Menschen, die aus Syrien, dem Irak, Pakistan, Bangladesch oder Eritrea immer – nur noch ein Bruchteil stammt vom Balkan – neben vielen Hilfen die im Vergleich zum Herkunftsland grundlegend ändern Verhaltensweisen in Deutschland erklären, was den Kontakt zu Einheimischen ermöglicht und Voraussetzung für eine gelungene Integration ist.

In Berlin haben viele Helfer gegen die ignorante Politik des Senates protestiert. In Kamen hatte die Politik es besser: Ehrenamtlichen fragten die Fraktionen, die bereit waren, sich deren Probleme an einem Runden Tisch anzuhören.

Und es hat dort einige Stunden gedauert, bis die vor allem vom Kämmerer, der CDU und der FDP vertretene Position „Wir haben kein Geld und können deshalb nicht helfen“ aufgeweicht wurde.

Klar ist, dass der sunnitische IS (Islamischer Staat) vor allem aus dem völkerrechtswidrigen Einmarsch in der westlichen Verbündeten in den Irak und der daraus folgenden Entmachtung der sunnitischen Elite und der Auflösung der irakischen Armee entstanden ist.

Klar ist, dass die Menschen aus Syrien vor einem brutalen Bürgerkrieg fliehen.

Klar ist, dass sie nicht in den Flüchtlingslagern zum Beispiel in Jordanien bleiben wollen. Das UNHCR konnte dort noch nicht einmal für eine ausreichende Verpflegung, geschweige denn für schulische Bildung oder feste Unterkünfte sorgen. Ein Bruchteil der Gelder, die die EU inzwischen für die „Sicherung“ ihrer Außengrenzen ausgibt, hätte dieses ändern können. Jetzt zwingt die Perspektivlosigkeit der Menschen zur Flucht nach Europa.

Klar ist, dass Fluchtursachen und Schlepperwesen in Afrika durch die EU-Fischereipolitik, die für ein Leerfischen der Gewässer vor Afrika bewirkt, den Export von Altkleidern, von subventionierten Nahrungsgütern und Schlachtabfällen (anders kann man die Hühnerkarkassen wohl nicht bezeichnen) wie auch in zunehmendem Umfang der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen zur Erzeugung von Blumen oder von Kraftstoffzusätzen und Futtermitteln für den Export zu tun hat. Ziel der Politik der europäischen Länder muss es sein, nach dem Wiederaufbau in diesen Ländern solche Lebensbedingungen zu schaffen, dass die Menschen dort wieder dauerhaft von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können.

Ob die Gesundheitskarte in Kamen, wie vom Kämmerer Stadt vermutet – die Flüchtlingen massenweise nach Deutschland bzw. in unsere Stadt zieht, darf hingegen bezweifelt werden.

Das führt zum Beispiel TTIP und Co

Doch wenn in Berlin eine Viertel Millionen Menschen gegen TTIP demonstrieren, erscheint das nur am Rand. Hier, so hat der Stadtrat mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken erkannt, kann nicht nur für die Demokratie, sondern auch für die kommunale Daseinsvorsorge neues Unheil drohen.

Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen sind durch TISA in ihrem Bestand gefährdet. Der Eigenbetrieb Stadtentwässerung, aber auch die Angebote an Kultur könnten dem Motto „Privat vor Staat“ zum Opfer fallen. Die Gesellschaften wie Technopark GmbH oder gar die GSW wären in ihrer Existenz bedroht.

Schon jetzt haben die GSW mit ihrem Gutachten – das einen Sanierungsstau bei den Bädern suggerieren soll – bewiesen, dass sie auf Dauer nicht bereit sind, die Kosten für unsere Bäder zu tragen – vielleicht bald auch nicht mehr können.

Die Zusammenlegung von Freibad und Hallenbad zu einem Kombibad scheint beschlossene Sache – ebenso wie auf „Auslaufen“ der Bäder in Heeren und Methler.

Doch was passiert in 10 Jahren. Gibt es dann überhaupt noch ein von der öffentlichen Hand geführtes Bad im Nordkreis?

Doch wir wollen nicht nur kritisieren:

In den Bereichen Jugend, Soziales, Kultur werden die Einrichtungen gehalten, bei den Schulen nichts gestrichen. Wir haben im JHA für den Teilhaushalt Jugend gestimmt – auch weil die Arbeit in den städtischen Jugendzentren vorbildlich ist, die Ferienaktionen für Kinder und Jugendliche kreativ sind und gut angenommen werden und die Stadt ihren Pflichten bei der Kinder- und Familienbetreuung mit Engagement nachkommt. Fast 14 Millionen Euro aus eigenen Haushaltsmitteln lassen wir uns den Bereich „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ kosten.

Gut auch, dass investiert wird. Über 13 Millionen Euro, davon immerhin 4,6 Millionen aus eigener Kassen sollen vor allem für Straßensanierungen, notwendige Maßnahmen an den Schulen, öffentliche Gebäude, die Feuerwehr und den Rettungsdienst ausgegeben werden.

Herausragend – und unbedingt unterstützenswert – sind dabei die Sanierung und der Ausbau des JFZ Lüner Höhe zu einem Bürgerhaus, die Einbindung der Seseke in die Innenstadt und die Sanierung des Ratstraktes.

Bei den Schulen, in die immerhin 1,9 Millionen an investiven Maßnahmen fließen, ist hingegen zu fragen, ob der angefallene Sanierungsstau nicht wesentlich höhere Beträge verlangt.

Abzuwarten bleibt auch, ob das Konzept „VHS 2020“ die enormen Teilnehmerverluste, die durch politische Fehlentscheidungen (Verdoppelung der Kursgebühren seit 2009 und Verzicht der flächendeckenden Verteilung der Programme) verursacht wurden, wieder aufgefangen werden können. Hier erscheint das Konzept zumindest überlegt und durchsichtig.

Trotzdem gibt es gute Gründe gegen den Haushalt zu stimmen

Da ist zunächst das Haushaltssicherungskonzept als Bestandteil des Haushalts, deren einzelnen Streichungen in den Bereichen Jugend und Soziales wir immer noch ablehnen und nach dem für 2018 der Hebesatz der Grundsteuer B auf 690 % erhöht werden soll. Auf die Nachteile für Familien, die gerade eben nicht in den Genuss von staatlicher Unterstützung kommen, haben wir hingewiesen.

Da sind die 450.000 Euro, die die Kamener die Stadthalle kosten soll – für 2015 waren noch 300.000 Euro vorgesehen.

Fast eine halbe Millionen beträgt das Defizit. Während uns die Verwaltung Einsparungen in Höhe von 140.000 Euro vorrechnete, wurde der Gesamtzuschussbedarf nicht verringert. Vielmehr hat er sich durch die angegebenen Einsparungen sogar erhöht. Und das alles unter dem Motto weiterer Einschränkungen der Kontrollmöglichkeiten durch den Rat nach der Abschaffung des Aufsichtsrates. Und das alles, obwohl durch die Verknüpfung mit der Verwaltung weitere Intransparenz entsteht.

Es sei auch diesmal nicht verschwiegen, dass sich die Stadt eine gute sechsstellige Summe durch den Verzicht auf eine kommunale Parkraumbewirtschaftung entgehen lässt. Das Nebeneinander von kostenlosen und kostenpflichtigen Parkplätzen sorgt für Ärger bei den Anwohnern der Innenstadt und für Umweltbelastungen (Luftreinhalteplan und Lärmschutzplan sollten doch auch hier gelten!) durch Suchverkehre.

„Gute Ideen“ war das Stichwort im letzten Jahr. Doch in vielen Bereichen fehlt es Politik und Verwaltung an Kreativität:

Im Bereich Kultur bleibt der Status Quo erhalten – mehr aber auch nicht. Eigene Impulse fehlen und Ideen Anderer (zum Beispiel des Kulturvereins) werden nicht aufgegriffen.

Die Befassung unseres Antrags wird zeigen, ob das germanische Dorf in Westick im Acker versteckt bleibt. Mit Impulsen der Stadt zur Einrichtung einer Projektgruppe im Haus der Stadtgeschichte könnte wäre die Gründung einer Bürgerstiftung denkbar. Damit könnten nicht nur Sponsorengelder fließen, sondern Menschen könnten freiwillig ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen.

Vielleicht es ja der personellen Aufstellung der Verwaltungsleitung zu schulden, dass Ideen bei der Wirtschaftsförderung vermisst werden. Gibt es diese – mal abgesehen vom Technopark – in Kamen überhaupt?

Wenig kreativ ist es jedenfalls, Logistikbetriebe anzusiedeln. Das heißt:

- größtenteils schlecht bezahlte Arbeitsplätze und
- nichts wird produziert
- großer Flächenverbrauch
- viel Lkw-Verkehr nicht nur auf der Lünener Straße und damit
- Lärm und hohe Agas-Emissionen

Überhaupt Umwelt und Natur: die wenigen Investitionen sind ökologische Kompensationsmaßnahmen für Natur, die an anderer Stelle vernichtet wird.

Es ist für mich unglaublich, wie kurz das Gedächtnis der Menschen ist. Mit dem Zusammenbruch der Kapitalmärkte, verursacht durch die Auswüchse der neoliberalen Wirtschaftspolitik, hielt ich diesen Politikansatz auf Dauer für diskreditiert.

Wir wollen keinen Lohnverzicht und keine Abbau von Standards.

Wir wollen Investitionen für unsere Kinder in den Bereichen Schule und Jugend.

Wir wollen Investitionen, die die soziale Ungleichheit ausgleichen.

Wir wollen Hilfe für Flüchtlinge, denn die werden zum großen Teil bleiben und nur dann unsere Renten sichern, wenn sie Deutsch lernen und integriert werden.

Wir wollen Investitionen für Kultur und Umwelt für ein lebenswertes Kamen.

Wann geht es endlich an die Abschaffung von Privilegien der Reichen und Millionenverdiener? Wir – auch wir in Kamen – brauchen deren Geld, damit wir Menschen auch an der Seseke gut leben können.

Es gilt das gesprochene Wort.

Klaus Dieter Grosch

(Fraktionsvorsitzender)